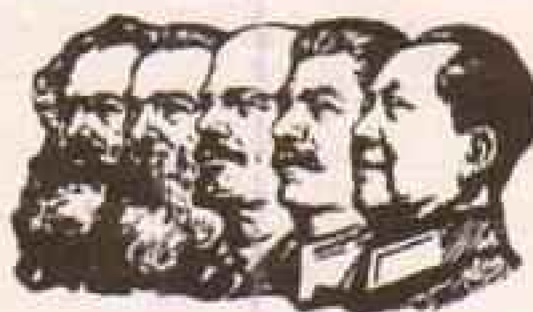
Ernst Thälmann zum Hamburger Aufstand Seite 6

C 21246 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 43 vom 3. November 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Vorgezogene Tarifverhandlungen in Nordrhein-Westfalen

DGB-Führer wollen Streiks verhindern!

Die Forderungen aus den Betrieben für die Metalltarifrunde in NRW liegen um die 20%. Die Kollegen ließen keinen Zweifel daran, daß sie in dieser Lohnrunde an die Kämpfe für Teuerungszulagen anknüpfen wollen. Da kam Bewegung in die Herren von der IG Metall-Führung. Blitzschnell legte die große Tarifkommission die 15%-Forderung auf den Tisch. Auf diese 15% sollen auch noch die Forderungen aus dem Manteltarif angerechnet werden.

Die große Kampfbereitschaft der Kollegen rief von Anfang an den imperialistischen Staat auf den Plan: Nach den brutalen Streikeinsätzen der Polizei bei den Streiks für Teuerungszulagen im Sommer tauchten jetzt auf der Belegschaftsversammlung bei Hoesch Polizeispitzel auf.



Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf!

Die Forderungen der Kollegen werden in bekannter Manier als 'unrealistisch' abgetan. Welche Forderung aber ist realistisch? Für die Herren vom DGB-Apparat ist die Sache klar: eine Forderung ist dann realistisch, wenn sie keinen Mißton in ihre arbeiterfeindliche Zusammenarbeit mit den Kapitalisten bringt. Für uns aber hängt die Frage, ob eine Forderung realistisch ist oder nicht, ausschließlich von unserer Kampfkraft ab. Und die Kampfkraft der Metaller ist groß – das haben die Kämpfe für Teuerungszulage klar gezeigt.

Vor dieser gewachsenen Kampfkraft haben Bosse und Bonzen Angst. Diese Kampfkraft zu brechen oder besser noch gar nicht erst zum Tragen kommen zu lassen ist ihre ganze Sorge. Darum auch in diesem Jahr wieder das Spaltungsmanöver, die Kollegen von der eisenschaffenden Industrie am grünen Tisch von den Kollegen der metallverarbeitenden Industrie zu trennen. Darum auch die Hast, mit der bereits Verhandlungstermine mit den Kapitalisten vor Ablauf der Friedenspflicht festgesetzt wurden. Der Schachzug, den Kapitalisten und IG Metall-Führung hier gemeinsam planen ist klar: Sie wollen noch vor Ablauf der Friedenspflicht (31.12.73) einen Abschluß präsentieren, damit die Metaller keine Möglichkeit zum 'legalen' Streik für ihre Forderungen haben. Wie dieser Abschluß aussehen soll, können wir uns an 5 Fingern abzählen.

Macht ihnen einen Strich durch die Rechnung! Wir haben aus den Kämpfen für Teuerungszulagen gelernt: unsere Interessen können nur von uns selbst – im Kampf Klasse gegen Klasse – durchgesetzt werden. In alle den Jahren mußten wir die Zeche für die freundschaftliche Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten zahlen. Diese Zusammenarbeitspolitik, die von den D'K'P-Revisionisten bedingungslos unterstützt wird, hat den Kapitalisten und den Herren DGB-Führern genützt, der Arbeiterklasse aber schwer geschadet.

Nehmt den Kampf selbst in die Hand!

Brecht den Tariffrieden!

Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

Freispruch für Genossen Ernst Aust

Im Juni dieses Jahres wurde Genosse Ernst Aust wegen 'Billigung von Mord und Verächtlichmachung der Bundesrepublik' zu 5 000 DM Strafe verurteilt. Am 6. November beginnt in Hamburg der Berufungstermin in diesem Prozeß. Am Abend vorher wird eine Kundgebung stattfinden – ein Tribunal, auf dem Genosse Ernst Anklage erheben wird. Er wird zum Kampf aufrufen gegen die Richter des Kapitals, zum Kampf gegen die Ausbeuter in unserem Land, gegen die Kapitalisten und ihren Staat.

Fortsetzung auf Seite 7

Waffenstillstand in Nahost

Von Frieden keine Spur!



ES LEBE DER PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSKAMPF!

Krisenmanagement nennen die beiden Supermächte das 'Waffenstillstandsabkommen'.

In Wirklichkeit führen sie Krieg gegen die arabischen Völker und versuchen ihnen nach dem Scheitern ihres erneuten Angriffs ein Waffenstillstandsdiktat aufzuzwingen, daß den Zustand "Weder Krieg noch Frieden" im Nahen Osten gewährleisten soll.

Den US-Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten geht es allein darum, ihre Macht- und Profitinteressen im Nahen Osten durchzusetzen.

Die Interessen der beiden Supermächte im Nahen Osten sind ernsthaft gefährdet. Die arabischen Länder kämpfen um ihre ägyptischen und syrischen Gebiete, die widerrechtlich von den zionistischen Statthaltern der US-Imperialisten besetzt gehalten werden. Das vertriebene palästinensische Volk kämpft um die Rückkehr in sein Heimatland. Die arabischen Völker fügen den israelischen Aggressoren so schwere Verluste zu, daß selbst Kriegshetzer Dajan zugeben muß, es sei illusorisch zu behaupten, die arabischen Truppen könnten vernichtet werden.

Indem sie massiv mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges drohen, versuchen Nixon und Breshnew die arabischen Völker und die Völker der Welt einzuschüchtern. Die Völker der dritten Welt haben in der UNO Protest erhoben gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die sich anmaßen, als Weltgendarmen über die Belange der Völker zu entscheiden.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

...von Frieden keine Spur

Die Volksrepublik China, das einzige sozialistische Land im Sicherheitsrat, hat dieser Resolution nicht zugestimmt. Denn diese Resolution nützt nicht den arabischen Ländern und nicht dem palästinensischen Volk, sondern einzig und allein den Supermächten und den israelischen Zionisten. Sie dient deshalb nicht dem Frieden, sondern verschärft die Gefahr imperialistischer Aggression im Nahen Osten.

Ein Friede, dessen Grundlage die Annexion von arabischen Gebieten, ein Friede, dessen Grundlage das Unrecht an den palästinensischen Volksmassen ist, ist in Wahrheit kein Friede. Das weiß das deutsche Volk aus seiner eigenen bitteren Erfahrung vom versailler Diktat nach dem 1. Weltkrieg.

Da helfen auch keine UNO-Beobachter, da helfen keine "UNO-Friedenstruppen", genausowenig wie 1967 die Aufsicht über den Frieden durch den Völkerbund die israelischen Zionisten am Überfall auf die arabischen Staaten hinderte.

Genauso jetzt. Kein Waffenstillstandsabkommen, kein UNO-Soldat hat die israelischen Zionisten daran gehindert, ihre Aggression am Suez-Kanal fortzusetzen. Kaum hatten die beiden Supermächte, die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, gemeinsame Front gegen die arabischen Völker gemacht, begannen sie beide auch schon mit gierigem Blick auf die Beute, das arabische Erdöl, die politische und militärische Macht in Nahost mit den Säbeln zu rasseln.

Die US-Imperialisten setzten ihre Truppen in Alarmbereitschaft, unterstützten weiter die israelischen Aggressoren. Die sowjetischen Sozialimperialisten - vor dem Waffenstillstand darauf bedacht, ja nicht durch zu große militärische Unterstützung das Komplott mit dem US-Imperialismus gegen die arabischen Völker zu gefährden - bieten plötzlich "brüderliche Unterstützung" an.

Diese Sorte brüderliche Unterstützung durch den Sozialimperialismus ist seit dem Überfall auf die CSSR bekannt: Es ist der Militärstiefel einer Besatzermacht.

Die Supermächte scheinen in ihrem Komplott gegen die um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden arabischen Völker und das palästinensische Volk einen Erfolg verbuchen zu können. Aber der Anschein trügt.

In dem Waffenstillstandsabkommen, diktiert von den Supermächten, ist die einzig rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes, die PLO, noch nicht einmal erwähnt. Aber im Leben zählen nicht Papiere, sondern Tatsachen. Und Tatsache ist, daß die palästinensischen Befreiungsorganisationen gerade im letzten Jahr große Erfolge erringen konnten. Immer häufiger bekamen das die israelischen Aggressoren sogar in Tel Aviv selbst zu spüren, wo nicht nur eine militärische Anlage in die Luft flog.

Die Erfahrungen der letzten Zeit werden die PLO noch fester mit den Volksmassen Palästinas zusammenschweißen. Sie werden auch den arabischen Völkern noch deutlicher zeigen, daß der Sieg gegen die beiden Supermächte und die israelischen Aggressoren allein im bewaffneten Befreiungskampf zu erreichen ist.

Das Ziel dieses Kampfes steht unverbrüchlich fest: Die Kraft des Volkskrieges wird den zionistischen Besatzerstaat zerschlagen, wird die Supermächte aus dem Nahen Osten vertreiben und einen palästinensischen Staat entstehen lassen, in dem Juden und Araber in Frieden leben können.

"LEOPARD" für Israel

Während der Wirtschaftsdebatte im Bundestag gab Brandt erneut vor, Westdeutschland wolle sich in Nahost neutral verhalten. Er beklagte sich über die US-Imperialisten, die aus Westdeutschland den israelischen Zionisten Waffen gegen die arabischen Völker liefern.

Das ist jedoch reine Heuchelei: Kraus Maffei z.B. hat gerade ein Spezialmodell des Bundeswehrpanzers "Leopard" für Wüstenverhältnisse entwickelt und israelische Techniker für die Produktion geschult, schreibt die UZ, die Zeitung der D'K'P; Während die Revisionisten der D'K'P allerdings so tun, als handele es sich um einen Einzelfall, der von der Bundesregierung unterbunden werden müsse, ist allgemein bekannt, daß gerade die Bundesregierung nicht im geringsten daran denkt, sich neutral zu verhalten, sondern seit jeher die Aggressionen der israelischen Zionisten unterstützt.

Zwar hat sich die Bundesregierung 1965 offiziell verpflichtet, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, aber Waffenlieferungen nach Portugal, wie z.B. Kriegsschiffe u.s.w., für den Krieg der Kolonialherren gegen afrikanische Völker zeigen den Wert dieser Verpflichtung.

Auch ist es kein Geheimnis, daß die westdeutschen Imperialisten noch nie in Nahost einen neutralen Standpunkt bezogen haben. So hetzt 'Bild' Tag für Tag im Stil von Hitlers Generalen gegen die arabischen Völker und für die israelischen Aggressoren. Haben Springer und die Frankfurter Allgemeine etwa nicht in Anzeigen aufgerufen, mit Freiwilligen die zionistische Aggression zu unterstützen? Das ist die 'Neutralität' der westdeutschen Imperialisten und ihrer Presse!

Angesichts der Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Imperialisten und den USA auf allen Gebieten, insbesondere dem militärischen, angesichts der Ausbildung israelischer Techniker in westdeutscher Panzerproduktion wirkt es allerdings lächerlich, wenn Brandt behauptet, von den US-Lieferungen aus Kiel und Bremerhaven nichts gewußt zu haben.

Die westdeutschen Imperialisten reden mit Brandt von angeblicher Neutralität, um die Mär vom Friedenskanzler zu wahren und unter diesem Deckmantel weiterhin finster wirken zu können. Zugleich wollen sie sich das Geschäft mit den arabischen Ländern wahren – und da sitzt ihnen der drohende Ölboykott doch sehr im Nacken.

Der Mithilfe zum Völkermord, sei es durch US-Waffenlieferungen von Westdeutschland aus, sei es durch die westdeutschen Imperialisten selbst, darf das deutsche Volk nicht tatenlos zusehen.
Alle fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte müssen sich auf die Seite der arabischen Völker gegen die zionistischen Aggressoren und ihre Hintermänner, die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, stellen.

SOWJETUNION:

Imperialistische Handelspolitik

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben Bonn erklärt, daß sie für ihren Verrat am deutschen Volk, für den Verkauf der Anerkennung der DDR, nun endlich Bargeld sehen wollen, ehe sie in der Berlinfrage weitere Zugeständnisse machen. Sie wünschen verbilligte Kredite für sich und andere Comecon-Staaten und eine Ankurbelung des Handels. Sie wollen westdeutsches Kapital ins Land ziehen, vor allem zur Erschließung und Ausbeutung Sibiriens.

Auch das Beispiel der Außenhandelspolitik der neuen Kreml-Zaren zeigt, daß die Sowjetunion eine imperialistische Großmacht ist nicht anders als die USA.



Lagerplatz am Bremer Hafen, für das Röhrengeschäft mit der Sowjetunion extra mit einer neuen Magnetbrücke versehen.

Mit der Rückkehr zum Kapitalismus ist die Wirtschaft in der Sowjetunion immer mehr zerrüttet. Um den Produktionsverfall der letzten Jahre auszugleichen, blähen die Sozialimperialisten den Waren- und Kapitalimport immer mehr auf. Die Einfuhren aus anderen Ländern stiegen allein 1972 um 32%, während die Ausfuhr nur um 1% zunahm. Die gesamte Auslandsverschuldung der Sowjetunion beträgt heute bereits 800 Milliarden DM, und sie soll noch weiter ansteigen.

Die Bundesrepublik gehört neben den USA, Japan und den Comecon-Staaten zu den größten Lieferanten der SU. Für mehr als 15 Milliarden DM hat die Sowjetunion im letzten Jahr westdeutsche Waren importiert. Westdeutsche Imperialisten bauen Riesenwerke in Kursk und an der Kama. Die Gildemeister AG liefert eine komplette Werkzeugmaschinenfabrik, die Exatest Leverkusen erhielt einen Großauftrag für die Ausrüstung von zwei Walzwerken. Daimler-Benz entwicklet einen Motor für russische Autos. Russich-deutsche Konsortien werden gegründet. Krupp – alle sind sie ins Geschäft mit den Sozialimperialisten eingestiegen. Als Gegenleistung liefert die Sowjetunion Erdgas und – Uran!

Mit diesem Geschäft hat sich die sozialimperialistische Sowjetunion fest eingefügt in den Krisenkreis des imperialistischen Welthandels. Ihre eigene Wirtschaft gerät in Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik anderer Mächte. Gleichzeitig dringen sie selbst auf fremde Märkte vor, binden andere Staaten, wie etwa die DDR, fest an sich, steigern sie ihren politischen Einfluß auf andere Staaten, auch auf die Deutsche Bundesrepublik.

Dabei ist ihnen kein Mittel zu schmutzig für einträgliche Geschäfte. Sie scheren sich den Teufel um die Interessen der eigenen und anderen Völker, sie spielen fremde Staaten gegeneinander aus, erpressen andere Länder, um Profit zu machen.



Drei bis vier Schiffe kommen pro Woche, um die Röhren zu verladen. Hier das Größte von ihnen.

So kauften sie im letzten Jahr den halben Butterberg der EGW auf – 200 000 Tonnen, das Pfund für 64 Pfennig. Deutsche Hausfrauen zahlen dafür das Achtfache. Dieses Geschäft kostete die EGW-Länder 1,17 Milliarden DM aus Steuergeldern. Aber damit hatten nicht etwa russische Werktätige billige Butter! Sie mußten das 12-fache des Einkaufspreises hinblättern. Auch Chile wurde mit Butter 'unterstützt' – daran verdienten die Sozialimperialisten noch einmal 30%!

Die gleiche Jagd nach Extraprofiten beim deutsch-sowjetischen Erdgasgeschäft. Seit einigen Tagen liefert die UdSSR Erdgas in die DBR und erhält dafür Röhren. Die Sozialimperialisten dagegen importieren selbst Erdgas aus dem Iran – und zahlen dafür nur ein Drittel des Preises, den sie für das Gas verlangen.

Auch vor politischen Erpressungen schrecken die Neuen Kreml-Zaren nicht zurück, wenn sie sich Profit davon versprechen. So spielen sie z.B. die Deutsche Bundesrepublik und die Comecon-Staaten gegeneinander aus. Auch bei den Comecon-Staaten, die sie als Zulieferländer unter ihre Knute gebracht haben – sie kaufen deren Rohstoffe unter dem Weltmarktpreis, um ihnen Fertigprodukte über dem Weltmarktpreis zu verkaufen – stehen die Sozialimperialisten tief in der Kreide. Sie sind aber nicht bereit, diese Schuldenberge abzutragen. Um diesen Lieferüberschuß von Polen, der Tschechoslowakei zu finanzieren, fordern sie verbilligte Kredite für diese Staaten von den westdeutschen Imperialisten, vor allem aber für die Sowjetunion selbst.

Mit Westberlin wollen die Neuen Kreml-Zaren nun die Bonner Imperialisten erpressen. Offenbar sind sie für verbilligte Riesenkredite bereit, dem endgültigen Anschluß an die BRD zuzustimmen... Territorium der DDR liegt, an die DBR zuzustimmen.

Sie wünschen einen Zinssatz von 6% – so billige Kredite erhalten Entwicklungsländer nur in Ausnahmefällen. Normalerweise müßten sie mindestens 10% Zinsen zahlen. Um Westberlin zu annektieren, wollen die wetsdeutschen Imperialisten auf diese Erpressung eingehen. Zahlen muß diesen Kuhhandel das werktätige Volk – die verbilligten Kredite kosten mehr als eine halbe Milliarde Steuergelder.

Frankfurter Buchmesse: Es gibt nur ein China

Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse, die vom 12.-16. Oktober stattfand, nahm zum wiederholten Mal ein Ausstellungsstand teil, der vorgab, Bücher aus der "Republik China" zu vertreten. Es handelte sich um eine Buchausstellung der reaktionären Taiwan-Clique, die mit diesem frechen Auftreten versuchten, das Interesse der Besucher der Messe am Aufbau des Sozialismus in China für ihre Politik auszunutzen und sich als die rechtmäßigen Vertreter des chinesischen Volkes aufzuspielen. Ein Stand der Volksrepublik China war nicht vertreten.

Die Duldung dieses Auftretens der Provinz Taiwan durch die Messeleitung stellt gerade in diesem Jahr eine dreiste Provokation dar, mußte doch der Messeleitung bekannt sein, daß nicht nur die Bundesregierung die Regierung der Volksrepublik China als den einzigen Repräsentanten des gesamten chinesischen Volkes anerkennen mußte, sondern weltweit durch den UNO-Beitritt der Volksrepublik China festgelegt wurde: Es gibt nur ein China und das ist die Volksrepublik!

Auf Initiative des Verlags Kommunistischer Texte, der auf der Messe als Aussteller vertreten war, und bereits in einer Sondernummer seines Informationsdienstes das dreiste Auftreten der Machthaber auf Taiwan unter der Obhut der Messeleitung brandmarkte, solidarisierten sich über 10 kommunistische und fortschrittliche Verleger – alle Aussteller der Buchmesse – mit der Forderung nach sofortiger Schließung des taiwanischen Standes oder nach Umbenennung in: "Bücher aus der noch unbefreiten volkschinesischen Provinz Taiwan."

Die Messeleitung, der die Forderung nach Schließung des taiwanischen Standes vorgelegt wurde, erklärte, daß "der Druck der Öffentlichkeit so groß sei", daß zur Messe 1974 Taiwan nicht mehr eingeladen werde. 1974 wird die Volksrepublik China als rechtmäßiger Vertreter des chinesischen Volkes dort vertreten sein.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Manteltarif Nordbaden/Nordwürttemberg

Lehren aus dem Kampf

Der Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Nordbaden/Nordwürttemberg ist vorerst vorbei. Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführung hatten zunächst gehofft, diesen Manteltarif wie bisher oft mit ein bißchen Paukenschlag in der 'Metall' unter sich abmachen zu können. Aber die Lage hat sich geändert. Immer schärfere Arbeitshetze, mörderischer Akkord und steigende Unfallziffern sind die Ursache dafür, daß sich diesmal die Kollegen nicht ausschalten ließen.

Der zündende Funke gerade für Betriebe wie Daimler-Benz war der Streik bei Ford, der gezeigt hat, daß gegen die Akkordhetze gekämpft werden kann. Um ähnliche machtvolle Streiks in Nordbaden/Nordwürttemberg zu verhindern, und rechtzeitig vor der Metalltarifrunde ihr Image wieder etwas aufzubessern, war die IG-Metall-Führung gezwungen, wieder etwas mehr in die kämpferischen Saiten zu greifen. Loderer selbst stand mit strahlendem Lächeln 'Streikposten' für die Photographen der bürgerlichen Presse.

Aber weder Kapital, noch Staat und Gewerkschaftsführung hatten großes Zutrauen in die Wirkung solcher Manöver. Die Kapitalisten drohten von vornherein mit Aussperrung und Entlassungen. Der Staat als Instrument des Kapitals trat zwar hier nicht mit prügelnden Polizisten auf wie bei Ford in Köln, in Lippstadt und bei Pierburg in Düsseldorf, dafür aber wimmelte es von zivilen Polizisten in den Betrieben, dafür setzte das Innenministerium Stuttgart fest, daß die Polizeidienststellen bei 'wilden' Streiks sofort mit Ermittlungen gegen Streikführer beginnen sollten.

Die Gewerkschaftsführung schließlich sorgte bei diesen Streiks genauso hinterhältig für die Durchsetzung der Interessen des Kapitals wie in anderen Streiks auch. So stimmte sie schon am vierten Streiktag Verhandlungen zu, die dann im Eiltempo über die Bühne gebracht wurden. So stand am Montag, den 22.10. an den Toren: "Mittwoch Urabstimmung – bei Annahme: Donnerstag Arbeitsaufnahme." Eine Aufforderung, die deutlich genug zeigt, was die Ziele der Gewerkschaftsführung bei diesem Kampf waren. Eine Aufforderung, die zudem der gewerkschaftlichen Demokratie Hohn spricht. Denn die letzten Stimmen wurden erst um 24.00 Uhr ausgezählt – 6 Stunden später sollte bereits wieder gearbeitet werden. Als Kollegen bei Daimler-Benz in Sindelfingen protestierten, sagte der Betriebsrat: Die Annahme ist sowieso sicher.

Der Grund für diese diktatorischen Maßnahmen gegen die Kollegen waren die Interessen des Kapitals: denn jeder weitere Streiktag hätte zu Arbeitsausfällen und damit zu Profiteinbußen auch in den Zulieferbetrieben geführt. Im Interesse der sofortigen Arbeitsaufnahme ging es diesmal darum auch mit der Auszahlung der Streikgelder ruckzuck: Wie bei der Beitragszahlung auch – auf dem Weg über die Kapitalisten. Die IG-Metall überwies die gesamten Streikgelder an die Daimler-Benz-Arbeiter auf die Lohnkonten der Daimler-Kapitalisten.

Diese offensichtlich gewordene Zusammenarbeit zwischen Kapital und Gewerkschaft ist es auch, die die Kollegen noch mehr empörte als der faule Kompromiß in Bezug auf die Forderungen. Kein Wunder, daß deshalb die D'K'P-Führer alles daransetzen, für die Gewerkschaftsführer Schönwetter zu machen und die Kollegen daran zu erinnern, daß ihr Heil allein darin liege, wenn die Loderer und Co. für sie verhandeln. In der UZ vom 26.10. heißt es zu den Streiks der Kollegen (ohne ein Wort der Kritik an den Gewerkschaftsbonzen) "...zwangen sie die Unternehmer an den Verhandlungstisch."

Aber die Ausplünderung durch die Kapitalisten und der Verrat der Bonzen selbst machen immer mehr Kollegen klar, daß Vertrauen gegenüber diesen Leuten nicht am Platz ist. So erkennen schon viele Kollegen bereits jetzt, daß die verklausulierten Forderungen (das endgültige Ergebnis ist 125% Verdienstabsicherung bei Akkord, 5 Minuten Pause) jede Handhabe bieten, die Arbeitshetze weiter zu treiben und den Lohn weiter abzubauen. Deshalb forderten einzelne Kollegen bei Daimler-Benz Sindelfingen, der Betriebsrat solle vorher den Kollegen sagen, was er mit der Geschäftsleitung für den Betrieb abmachen will. Dazu meinte prompt ein Gewerkschaftsfunktionär, der Betriebsrat müsse zuerst mit der Geschäftsleitung verhandeln!

Trotz der freundlichen Mienen von Loderer und Co., trotz der Tatsache, daß es diesmal in Nordbaden/Nordwürttemberg nicht zu Auseinandersetzungen kam, wie bei den Streiks vorher, ist auch hier die Lüge von der Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit, ist auch hier die Lüge von dem 'klassenneutralen' Staat durch die Tatsachen widerlegt und von vielen Kollegen durchschaut worden.
Nicht umsonst ist in diesem Kampf das Interesse der Kollegen am Streik bei Ford groß gewesen, wie der Brief von 10Daimler-Benzarbeitern an die Fordkollegen zeigt. Denn die Erfahrungen des Kampfes bewiesen: gegen die Akkordhetze nützen keine Forderungen, die den Akkord und damit die Profitinteressen des Kapitals nicht antasten wollen.

Die richtige Forderung hatten die Fordarbeiter: Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten. Richtig und eine wichtige Lehre aus ihrem Kampf war auch, daß der Kampf im Vertrauen auf die eigene Kraft geführt werden muß. Genauso wichtig für alle anderen Arbeiter ist aber auch der entscheidende Grund für die Niederschlagung des Fordstreiks, die Tatsache, daß die Streikführung die Kollegen nicht darauf vorbereitete, sich gegen den zu erwartenden Angriff der Polizei dieses Staates zu rüsten und ihn offensiv abzuwehren. Für die kommenden Kämpfe kommt es darauf an, daß sich diejenigen Kollegen, die gelernt haben, daß die Chance der Arbeiter allein im revolutionären Klassenkampf liegt, für die Organisierung und Schmiedung einer festen Kampffront gegen das Kapital und alle seine Handlanger einsetzen.

Saarland. 13 000 Bergleute im Streik

Für 300 DM Teuerungszulage 100 DM mehr Lohn im Monat und mehr Kindergeld streikten in der letzten Woche etwa 13.000 Bergleute im Saargebiet 2 Tage lang. Die Gruben lagen still, in Saarbrücken fanden Riesendemonstrationen statt von 5.000 und mehr Arbeitern, die ihre Frauen und Kinder mitgebracht hatten. 3.000 Arbeiter belagerten das Palais des saarländischen Ministerpräsidenten und pfiffen ihn aus.

Am Freitag nahmen die Kumpels die Arbeit wieder auf – ohne daß eine einzige Forderung erfüllt wurde. Die Bundesregierung und die Regierung des Saarlandes, denen die Kohlengruben zum größten Teil gehören, drohten offen, den Streik mit Gewalt niederzuschlagen. Als üble Betrüger und Verräter am Kampf der Saarkumpel haben sich die IG Bergbau und die D'K'P erwiesen. Die D'K'P 'unterstützte' zwar den Streik mit großen Worten – aber sie erklärte, es gäbe "auch andere Mittel als einen Streik, um zu einer Teuerungszulage zu kommen". Noch schlimmer trieb es die IGBE: Sie verteilte im Ruhrgebiet ein Flugblatt, in dem sie behauptete, der Kampf der streikenden Saarkumpel gefährde die Arbeitsplätze aller Bergleute. Anstatt die Front der Bergarbeiter zusammenzuschmieden, riß sie sie auseinander.

DGB-Kapitalisten zahlen nur 11,5%

'Zweistellige Summen' wollen die DGB-Bonzen in der nächsten Tarifrunde für die Arbeiter fordern. Das klingt gut. Aber wie sie dann abschließen werden, wenn die Kollegen die Sache nicht selbst in die Hand nehmen, das kann man sich ausrechnen, wenn man sieht, wieviel die DGB-Kapitalisten den Angestellten, die beim DGB arbeiten, selbst gezahlt haben: 11,5%! 'Wir verlangen eben Idealisten', sagten die DGB-Sprecher, und 'Wir können die Lohnerhöhungen auf den Markt abwälzen.'



Arbeiterkorrespondenzen

Kolleginnen und Kollegen von Ford in Köln!

Wir möchten unsere Solidarität mit Euch und Eurem Kampf zum Ausdruck bringen. Deshalb dieser Brief und die DM 60.– für die entlassenen Kollegen.

Euer Kampf hat vielen Kollegen gezeigt, unter welchen unmenschlichen Bedingungen Ihr bei Ford (und vor allem die türkischen Kollegen in der Halle Y) Euer tägliches Brot verdienen müßt.

Euer Kampf hat gezeigt, daß die Arbeiter in der Bundesrepublik mehr und mehr bereit sind, ihre Sache in die eigene Hand zu nehmen. Euer Kampf hat gezeigt, daß die ausländischen Kollegen ihre Rolle als billige Arbeitssklaven und Lohndrücker abzuschütteln beginnen – trotz drohender Ausweisung in ihre zum Teil faschistischen Heimatländer.

Euer Kampf hat gezeigt, zu welchen Mitteln Betriebsräte der IG Metall zu greifen bereit sind, wenn ihnen der Kampf der Kollegen zu entgleiten droht.

Euer Kampf hat gezeigt, zu welchen Mitteln der Staat zu greifen bereit ist, wenn es darum geht, die Profite der Aktionäre gegen die aufbegehrenden Arbeiter abzusichern.

Euer Kampf hat so geholfen, Resignationen abzubauen und Illusionen zu zerstören

Unsere Bitte an Euch:
Laßt Euch trotz aller schmerzlichen Opfer nicht in die Knie zwingen! Macht eine Dokumentation über Euren Kampf, damit wir daraus lernen können und der Meinungsmache in den Zeitungen u.s.w. etwas entgegenhalten können!

Unterstützt die entlassenen Kollegen mit allen Mitteln, denn jeder von uns kann eines Tages einmal in ihrer Lage sein!

Untersucht genau, wo ihr Fehler gemacht habt, die von der Gegenseite ausgenutzt werden konnten, und wo Ihr Euch von der Mehrheit der Ford-Kollegen isoliert habt!

Wir bitten Euch um Antwort auf folgende Fragen:

Stimmt es, daß ca. 10 Busse aus der gesamten Bundesrepublik in Köln ankamen? Wenn ja, dann gehören die Urheber dieser Sache versohlt, denn Euer Kampf war kein Jahrmarkt, den man besichtigen mußte, und Ihr habt es auch nicht nötig gehabt, vor Euch und uns Kollegen im ganzen Land, Eure noch vorhandenen Schwächen durch Aktionen von Studenten anstelle von Arbeitern zu vertuschen. Diese Sache würde eine tiefe Verhöhnung von uns Arbeitern darstellen.

Inwiefern konnte man bei Eurem Kampf gegen Ende von einem geordneten Rückzug reden? Gab es Überlegungen in dieser Richtung? Kam der Rückzug nicht zu spät, nachdem man euch isoliert hatte oder Ihr Euch selbst isoliert hattet?

Wie kam es dazu, daß während Eures Kampfes neue Forderungen auftauchten? Wie wurden sie beschlossen? Wurden sie von allen Kollegen unterstützt?

Wie steht Ihr dazu, daß ein gewisser Horlemann von der KPD öffentlich die Beteiligung der KPD im Streikausschuß hervorgehoben hat? Haltet Ihr das für richtig? Wir halten das für falsch, weil so durch Protzerei einige Kollegen gefährdet und Euer Kampf in ein schiefes Licht gerückt werden können.

Kollegen!

Wir senden Euch diesen Brief und das Geld über die KPD/ML, obwohl wir mit ihr nichts zu tun haben. Wir wissen aber keinen anderen Weg Euch zu erreichen. Ihr dürft und sollt diesen Brief veröffentlichen.

Kollegen von Daimler-Benz
Werk Sindelfingen

Liebe Kollegen von Daimler-Benz!

Wir werden Euren Brief und die Spende an die Ford-Kollegen umgehend weiterleiten. Wir glauben, daß die Gefühle, die Ihr in Eurem Brief ausdrückt, die Fragen, die sich Euch stellen, auch viele andere Arbeiter bewegen. In diesen Tagen wird viel über den Hamburger Aufstand gesprochen. Wir meinen, daß in solchen Diskussionen über den Streik bei Ford, wie sie in Eurem Brief zum Ausdruck kommen, die Tradition der revolutionärem Arbeiter Hamburgs fortgesetzt wird: Keine Resignation angesichts der Niederlage, sondern nüchterne Analyse mit dem einzigen Ziel, die Klassenfront zu festigen, um den Klassenfeind beim nächsten mal besser schlagen zu können.

Laßt uns auf zwei Punkte Eures Briefes kurz antworten. Warum die Niederlage? Unserer Meinung nach ist die Niederlage hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich als Kommunisten gebärdende Leute das Vertrauen der Kollegen und die führenden Positionen bei diesem Streik erschlichen, die – obwohl die es besser wußten – die Arbeiter nicht von vornherein auf den sicheren Angriff der Polizei des Kapitalistenstaates vorbereitet haben. Sie haben nicht getan, was Thälmann – wenn auch in einer anderen Situation – getan hat: Obwohl die Bedingungen, die Kampfbereitschaft, da waren, haben sie nicht zum offensiven Kampf um den Sieg aufgerufen und Vorbereitungen dazu getroffen. Statt das Vertrauen in die Massen zu stärken und den Erfolg einer klassenkämpferischen Politik, haben sie vielmehr die Linie des Vertrauens in den Klassenfeind eingeschlagen und so der Niederlage der Arbeiter den Boden bereitet.

Dieser Verrat an den Klasseninteressen der Ford-Arbeiter hängt eng zusammen mit der zweiten Frage: Der Frage nach Horlemann und der 'KPD'.

Es stimmt, daß in Bussen "Kämpfer" nach Köln gefahren wurden.

Die KPD/ML verurteilt eine solche "Unterstützung" des Kampfes genau wie Ihr auch. Was die Arbeiter brauchen, ist die Solidarität der Klasse und aller anderen Werktätigen. Diese Solidarität besteht in tatkräftiger Unterstützung und in der Verstärkung des Kampfes gegen den gemeinsamen Klassenfeind. Solidarität aber kann nicht heißen, Leute anzukarren, weil man glaubt, die Ford-Arbeiter wären selber zu schwach zum Kampf. Es ist typisch, daß so etwas von den gleichen Leuten gemacht wird, die gleichzeitig durch ihre opportunistische Politik dem Kampf der Kollegen in den Rücken fallen.

Eine solche Politik im Namen des Kommunismus, des Marxismus-Leninismus, ist darauf gerichtet, dem Ansehen der wirklichen Kommunisten, der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, und damit dem zukünftigen Sieg der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution Steine in den Weg zu legen.

Aber Euer Brief, wie auch andere Äußerungen von Kollegen, beweisen, daß sie damit auf zunehmenden Widerstand stoßen.

Mit kommunistischem Gruß
Redaktion des Roten Morgen

Revisionistisches

Prüfstein für Revisionismus

Lobend wird in der UZ vom 26. 10. 73 in einem Bericht über die IG Metallvertreterversammlung Göttingen hervorgehoben:

Der DGB-Landesbezirksvorstand Niedersachsen wurde aufgefordert, zur Landtagswahl 1974 gewerkschaftliche Prüfsteine aufzustellen, damit die Arbeiter solche Abgeordneten wählen, die ihre Intressen vertreten und nicht käuflich sind."

Kommentar: wir schlagen vor, diese Resolution in einem Leitfaden für die geplagten bürgerlichen Abgeordneten zu veröffentlichen. Titelvorschlag: Wie lüge ich besser.

Stoppt Preise mit Coop

"Preisstopp ist notwendig," meint die UZ vom 26.10.73 Und sie hat unter ihren tausend anderen Vorschlägen auch einen, wie Preisstopp-Pleiten à la USA und England zu vermeiden sind:

"Sollen die Preise wirklich in den Griff kommen, müssen grundlegende Maßnahmen beschlossen werden; Maßnahmen, wie sie das DKP-Präsidiumsmitglied Hermann Gautier namens seiner Partei gefordert hat: Sofortiger Preisstopp unter Kontrolle der Gewerkschaften und der Verbraucherverbände. . ."

Herr Hesselbach von der Bank für Gemeinwirtschaft als Arbeiterinteressenvertreter? Herr Ruhnau, ehemals Polizeiminister in Hamburg, jetzt Coop-Vorstandsmitglied unser Vertrauensmann? Die Herren von der 'Neuen Heimat' auf der Seite der kämpfenden Mieter? Das diese Leute 'Stop !' sagen, ist bekanntaber wie alle anderen Kapitalisten auch nicht bei den Preisen, sondern bei den Löhnen.

Grundlegend sind die Maßnahmen, die Gautier fordert, das muß man ihm lassen: grundlegend verschieden von seinen Versprechungen an die Adresse der Arbeiter. Von grundlegendem Nutzen für das Kapital und von grundlegendem Schaden für die Werktätigen.

Und wenn er ein bißchen nett ist...

In der UZ (Zentralorgan der D'K'P) vom 26. 10. 73 heißt es in einem Artikel über ITT: "Man spricht in unseren Tagen immer öfter von den multinationalen Konzernen, kurz 'Multis' genannt. **Die Welt beschäftigt jedoch weniger ihre Anwesenheit in einer Vielzahl von Staaten als die Art und Weise wie sie dort auftreten.**" (Hervorgehoben von der Red.)

Also: Nichts gegen den Imperialismus, Gott bewahre, aber ein bißchen freundlich, meine Herren!



D'K'P: "Aber bitte recht freundlich!"

Preußag

Kumpels gegen Stillegung

Bericht von der Belegschaftsversammlung

Seit langem schon ist die Unruhe unter den Preußag-Kumpels und ihren Angehörigen, dazu vielen anderen Ibbenbürener Werktätigen groß. Sollte es den Preußag-Kapitalisten und dem Staat tatsächlich gelingen, die Zeche stillzulegen, wären rund 30.000 Menschen davon betroffen.

Korrespondenz. Schon im Frühjahr war die Unruhe unter den Kumpels infolge von Gerüchten über Entlassungen so groß, daß Mitte März der Betriebsrat eine Belegschaftsversammlung abhalten mußte. Auf dieser Versammlung kam außer leeren Versprechungen für die Kumpels nichts heraus. Die D'K'P hatte damals auf ihren Flugblättern empfohlen, an die Landesregierung von NRW zu appellieren. Heute zeigt sich der 'Erfolg' solchen Vorgehens: Die Entlassung von 1.000 Kumpels steht inzwischen fest. Darüberhinaus hört man jetzt, daß der Pütt ganz geschlossen werden soll.

Eine erneute Belegschaftsversammlung Ende September zeigte die Erbitterung der Kumpels: die Weißkaue des Mettinger Nordschachtes war propenvoll, die Schwarzkaue zur Hälfte. Hier wurde die Diskussion mit Lautsprecher übertragen. Als die Versammlung nicht pünktlich um 3 Uhr anfing – wütendes Pfeifen. Betriebsratsvorsitzender Heitling (CDU) eröffnete dann schnell die Versammlung und erzählte, daß er gestern mit Vertretern aller Parteien, der Ministerien und Gewerkschaften in Bonn über Ibbenbüren geredet habe. Er mußte unter dem Hohngelächter der Kollegen zugeben, daß die in Bonn noch nicht einmal über die Qualität der Ibbenbürener Kohle Bescheid wußten (Schwefelgehalt von nur 0,7%). Von einer kämpferischen Durchsetzung der Interessen der Kollegen in Bonn – keine Spur.

Die Worte von Betriebsratsvorsitzendem, Alker von der IGBE und Preußag-Vorstandschef Sassmanshausen glichen sich bald aufs Haar: leere Versprechungen, Vertröstungen auf Dezember und die Aufforderung von Alker, bis dahin noch tüchtig was zu leisten.

Diese Reden waren immer wieder unterbrochen von Zwischenrufen: "Aufhören!" "Die Gewerkschaft hat uns verraten!" – "Abtreten".
Jedoch haben die Kollegen noch nicht den Mut gefunden, öffentlich und organisiert ihre Interessen vorzutragen und durchzusetzen. Es kommt darauf an, daß sich die besten, fortschrittlichsten zusammenschließen und auf der nächsten Belegschaftsversammlung klare Forderungen auf den Tisch legen:
Entweder die Arbeitsplätze bleiben voll erhalten oder der Pütt steht still!

D'K'P-Führer:

Offener Verrat

Während die Kumpels Betriebsratsvorsitzenden Heitland auf der Belegschaftsversammlung für seine Wortfechterei in Bonn auspfiffen, lobt ihn die D'K'P dafür in der UZ vom 26.10. Wie er ist die D'K'P der Meinung, daß man mit der herrschenden Klasse nicht in der Sprache der Kumpels – mit dem Streik – sprechen muß, sondern in der Sprache des Profits.

Das sind die Argumente, die die D'K'P für die Aufrechterhaltung der Förderung auf Preußag bringt:
– hochwertige Kohle
– qualifizierte Belegschaft
– Arbeitsleistung pro Mann und Schicht, die über dem europäischen Durchschnitt liegt

Ein einziger Satz findet sich, über einen möglichen Widerstand der Kumpels: "Ob sich die Ibbenbürener Bergarbeiter das gefallen lassen, ist eine andere Sache." Redet so eine Kommunistische Partei? Nein, so reden nur Leute, die selber Angst haben, daß die Kumpels in den Kampf treten könnten. Und in der Tat, nach Ansicht der D'K'P sollen die Bergarbeiter nicht kämpfen, sondern schneller arbeiten. Nach Ansicht der D'K'P soll der Steuerzahler helfen, die Profite von Preußag zu vermehren.

In dem gleichen Artikel heißt es:
"Obwohl die Ibbenbürener Bergarbeiter bei gleichbleibender Belegschaftsstärke den Kohlumsatz von 1967 bis 1971 von 230 auf 380 Millionen DM steigerten, d.h. um 65%, erklärte der Preußag-Chef Dr. Saßmannshausen jetzt, '...daß die Preußag allein ohne angemessene Hilfe Ibbenbüren nicht weiterführen kann." (Bekommt Preußag diese Hilfe des Staates, kann der Konzern nach Angaben der UZ mit 54 Millionen DM Stillegungsprämie und 81 Millionen DM 'Schrumpfungskosten' rechnen).
Kommentar von D'K'P-Kreisvorsitzendem von Münster und Münster-Land, Ewald Halbach: "Ibbenbüren ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Energiewirtschaft nicht mehr nach kapitalistischen Gewinnvorstellungen betrieben werden kann." Und: "Ohne öffentliche Hilfe für den Steinkohlebergbau geht es nicht."

Wo ist da der Unterschied zu den Worten Saßmannshausens?
Und so ist es auch kein Wunder, daß von der Forderung der D'K'P noch im Frühjahr keine Entlassungen auf Preußag vorzunehmen, nichts mehr übrigbleibt. In der gleichen Stellungnahme von Halbach heißt es: "...denn auch bei Weiterführung der Zechen in Ibbenbüren würde die Zahl der Beschäftigten durch Mechanisierung und Rationalisierung geringer werden."
Was ist das anderes als ein klareres Ja zu Rationalisierung, zu Entlassungen und Arbeitshetze?

Nachdem die D'K'P-Führer sich in der ersten Schlacht – im Kampf gegen die Entlassungen von 10.000 Kumpels – klar auf die Seite von Preußag-Kapitalisten und Staat geschlagen haben, wird auch von den Versprechungen, die sie jetzt im Kampf gegen die drohende Stillegung machen, im Endeffekt nichts anderes übrig bleiben als Verrat.

Achtgroschenjungen gesucht

Einmal im Monat gibt es im ZDF einen "Krimi" besonderer Sorte: "xy" mit Menschenjäger Zimmermann. In diesem "Krimi" sind die Fälle echt. Auf "Verbrecherjagd" soll hier die Bevölkerung selber gehen. Seite an Seite mit dem Freund und Helfer von der Polizei. So jedenfalls denken sich das Zimmermann und das ZDF.

Mörder, Einbrecher, Bankräuber, Betrüger standen bei der letzten Sendung auf der Fahndungsliste. Wer da nicht gleich für die Polizei Partei ergreift, dem sollten Filmberichte auf die Sprünge helfen. Man zeigt den kaltblütigen Mörder, das arglose Opfer, seine Angehörigen; die mühevolle, beschwerliche und gefahrvolle Arbeit der Polizei und Kripo-Leute. Polizisten, die Unschuldige wie Erich Dobhart, Mac Leod und andere auf dem Gewissen haben, Kripoleute, die Geständnisse aus Verhafteten herausprügeln, kommen natürlich nicht vor. Zimmermann: "Alles den Tatsachen entsprechend", wenn auch von Schauspielern gespielt. – Tatsachen? !– ' so soll der Mann aussehen, der den Studenten brutal mit einem Stein erschlagen hat. . . diesem Mann schreibt man (?) ungefähr 400 Einbrüche zu, er gilt (!) als gemeingefährlich. . ." aus ungeklärten Fällen, 'Indizien', Vermutungen werden bei Zimmermann unter der Hand Tatsachen: Verbrechen, Fahndungsbilder, 'gemeingefährliche' Verbrecher . . ." also sorge mit dafür, daß er so schnell wie möglich hinter Gitter kommt, schau dich um, denunzier! und wenn's auch mal den falschen trifft (und das, so konnte man es sogar schon in der bürgerlichen Presse lesen, kommt bei XY nicht selten vor!) hab keine Skrupel, denk an die ausgesetzte Belohnung ! Das ist die 'Moral' von Herrn Zimmermann. Eine 'Moral', wie sie nicht wenigen Arbeitern und Werktätigen noch gut bekannt ist - aus dem Faschismus nämlich !

Immerhin wenigstens eine Tatsache wird durch 'xy' erneut bewiesen: in diesem Staat bestimmt die herrschende Klasse und ihre Büttel in Polizei und Justiz, wer 'Verbrecher' ist und wer nicht, wo gut und böse, schwarz und weiß ist' Und Herr Zimmermann mit fester Sendezeit im ZDF ist nichts als die Stimme seines Herrn.

'XY' – das ist einer der Versuche der Bourgeoisie (und dazu ein recht plumper) die arbeitende Bevölkerung vor ihren Karren zu spannen und sie Seite an Seite mit der Polizei auf die von ihr ernannten Verbrecher zu hetzen. Heute – zur 'Generalprobe' – auf Einbrecher und Scheckbetrüger. Morgen dann auf die, die ihr wirklich gefährlich werden können und die sie darum am erbittersten bekämpft: 'Kommunistische Staatsfeinde' wie Ernst Aust und andere Genossen der KPD/ML, alle Klassenkämpfer und Revolutionäre. Womit beendete nämlich Herr Zimmermann seine letzte Sendung? Er suchte Zeugen, die ein "Mitglied der Baader-Meinhof-Bande" vor Gericht belasten sollten!

Arbeiter, Werktätige, Hausfrauen als Achtgroschenjungen und Fahndungshelfer der Polizei? Zeigen wir den Zimmermann und ihren Hintermännern, daß sie sich verrechnet haben! Gegen die tagtäglichen Erfahrungen der Bevölkerung mit Polizei, Justiz und diesem ganzen Ausbeutersystem kommen sie nicht an, und sie werden nicht verhindern, daß wir mit den wirklichen Verbrechern, unseren Klassenfeinden, gründlich abrechnen.

Deine scharfe Waffen in diesem Kampf: Roter Morgen!



Merkst jetzt net langsam welche unser' Zeitung is?

Erst Gesundschreibung, dann Tod am Arbeitsplatz

Beim systematischen Mord am Arbeitsplatz – täglich sterben in der Deutschen Bundesrepublik allein 15 Menschen an Arbeitsunfällen – haben die Kapitalisten oft treue Verbündete in reaktionären Ärzten und in den Versicherungen. Sie haben den Bergarbeiter M. aus W. auf dem Gewissen. Bereits mit 29 Jahren mußte er sich einer Magenoperation unterziehen, bei der Teile des Magens entfernt wurden. Seine Krankheit verschlimmerte sich immer mehr. 1971 wurde er entlassen, einige Monate später von einem Vertrauensarzt der AOK arbeitsunfähig geschrieben. Kollege M. stellte Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente bei der Knappschaft. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Denn keine drei Monate nachdem er arbeitsunfähig geschrieben wurde, stellte die Knappschaft, nun zur Kasse gebeten, fest, daß der Kollege eigentlich doch arbeitsfähig sei.
Kollege M. mußte wieder arbeiten. Ein halbes Jahr später war er tot – noch nicht einmal 41 Jahre alt!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Enver Hoxha - 65 Jahre alt

Grusstelegramm der KPD/ML

Lieber Genosse Enver Hoxha!

Zum 65. Geburtstag senden wir Ihnen in Namen der KPD/ML und im Auftrag des Vorsitzenden Ernst Aust die herzlichsten brüderlichen Glückwünsche.

Als Führer des heroischen albanischen Volkes und der ruhmreichen PAA, die Albanien zum Sozialismus geführt hat und auf dem Weg zum Kommunismus weiterführen wird, werden Sie weit über die Grenzen Ihres Landes hinaus in aller Welt verehrt als einer der hervorragendsten Kämpfer des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus und den sowjetischen Sozialimperialismus.

Für die KPD/ML, entstanden im Kampf gegen den modernen Revisionismus, sind Sie ein leuchtendes Vorbild und eine großartige internationale Stütze im Kampf für die Revolution und den Sozialismus in Westdeutschland und Westberlin.

Das albanische Volk wird unter der Führung seiner Partei mit Ihnen an der Spitze beim Aufbau und der Festigung des Sozialismus weiterhin große Siege erringen. Die westdeutsche Arbeiterklasse und die KPD/ML werden dabei immer fest an Ihrer Seite stehen. Wir wünschen Ihnen beste Gesundheit und ein langes Leben.

Mit brüderlichen Grüßen
ZK der KPD/ML



Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze führen sie die sozialistische Revolution fort.

Aufruf der Palästinakomitees zum Palästinakongress

Ein Jahr nach dem Verbot von GUPA und GUPS und nach der machtvollen Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze in Dortmund haben die Palästina-Komitees Bonn, Bielefeld, Hamburg,Hannover und Münster und andere revolutionäre Organisationen am 17.11. zu einem Palästinakongreß in Bonn aufgerufen.

In dem Aufruf wird festgestellt: "Angesichts der zunehmenden Verschärfung der Widersprüche im Nahen Osten zwischen den Kräften der arabischen Völker und den Kräften der Reaktion und des Imperialismus wird der Nahe Osten nach der Niederlage des US-Imperialismus in Indochina zu einer der wichtigsten Regionen des weltweiten antiimperialistischen Kampfes..." In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen Israel, die mächtigste Bastion des Imperialismus im Nahen Osten, nicht nur ein Kampf gegen den Imperialismus, sondern auch ein Kampf gegen dessen Helfershelfer die reaktionären Regimes in Arabien.

In dem Aufruf wird hervorgehoben, daß die palästinensisch-arabische Befreiungsbewegung in der letzten Zeit organisatorisch und politisch an Klarheit und Schlagkraft gewonnen hat: "Als grundlegendes Ziel in dieser Etappe ist die Errichtung eines demokratischen antiimperialistischen Staates formuliert, in dem die arabische und die jüdische Bevölkerung friedlich und gleichberechtigt, frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben kann."

Der Aufruf betont, daß es für die arabischen Völker nur den Weg des bewaffneten Befreiungskampfes gibt: "Dieser eingeschlagene Weg der arabischen Völker wurde von ihnen gewählt als der einzig mögliche zu ihrer Befreiung. Weil es keine anderen Lösungen gibt, hat die palästinensisch-arabische Befreiungsbewegung alle "friedlichen Lösungen" abgelehnt... Diese sind gegen das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung gerichtet, zielen auf die Anerkennung des zionistischen Besatzerstaates hin und sind aktuelle Versuche, den Status quo abzusichern."

Der Aufruf entlarvt das Gerede von der "Neutralität im Nahostkonflikt", das uns in letzter Zeit von der Brandt-Regierung aufgetischt wird. Der westdeutsche Imperialismus unterstützt den zionistischen Besatzerstaat jährlich mit 140 Mill. Die Feindschaft des westdeutschen Imperialismus gegenüber den arabischen Völkern kann auch nicht dadurch vertuscht werden, daß die westdeutschen Imperialisten sich in ter Zeit wieder verstärkt um diplomatische Kontakte zu arabischen Staaten bemühen. Damit verfolgen sie lediglich das imperialistische Ziel, Einfluß über die Erdölvorkommen zu bekommen. Sein wahres Gesicht zeigt der westdeutsche Imperialismus in der brutalen Unterdrückung und ununterbrochenen Verfolgung der arabischen und palästinensischen Organisationen in Westdeutschland. Abschiebungsterror, das Verbot von GUPA und GUPS, die angedrohten Verbote gegen andere Organisationen dokumentieren eindeutige enge Zusammenarbeit des DBR-Imperialismus mit dem Zionismus.

Die KPD/ML unterstützt den Aufruf, die palästinensisch-arabische Freiheitsbewegung, die gegen das Komplott der Supermächte, gegen den Zionismus und gegen die arabische Reaktion kämpft, entschlossen zu unterstützen. Das ist eine äußerst wichtige Aufgabe für die antiimperialistische Bewegung Westdeutschlands. Hier muß der Palästina-Kongreß einen wichtigen Beitrag leisten.

GEGEN DAS KOMPLOTT DER SUPERMÄCHTE
GEGEN ZIONISMUS UND ARABISCHE REAKTION!
ES LEBE DER
PALÄSTINENSISCH–ARABISCHE FREIHEITSKAMPF
ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

Aus aller Welt

Thieu-Clique bricht den Waffenstillstand

Von den US-Imperialisten bis zu den Zähnen ausgerüstet, haben die Söldnertruppen der Saigoner Thieuclique in letzter Zeit außerordentliche Verstößte gegen das Waffenstillstandsabkommen begangen. Besonders in der Provinz Pleiku fanden schwere Gefechte statt, als die Saigoner Söldnertruppen, unterstützt von Luftwaffe und Artillerie, die befreiten Gebiete der Republik Südvietnam überfielen, um diese Gebiete zu besetzen. Immer offener werden diese Provokationen und Übergriffe der Thieu-Clique. **Immer lauter schreit Thieu wieder nach Krieg. Vor kurzem verkündete er: "Das Abkommen kann jederzeit wieder annulliert werden."** Währenddessen schmieden die verbliebenen 20.000 US-Militär-'Berater' bereits neue Pläne, um die befreiten Gebiete zu besetzen.

Der Außenminister der revolutionären Volksregierung hat die Saigoner Thieu-Clique erneut aufgefordert, die Bombardierungen und Überfälle einzustellen, und, an die Adresse der USA gerichtet, gefordert, ihr militärisches Engagement zu beenden und sich aus den internen Angelegenheiten Südvietnams herauszuhalten.

Das vietnamesische Volk wird sich seine erkämpften Erfolge nicht nehmen lassen, sondern sie mit der Waffe in der Hand verteidigen und zu neuen Siegen vorwärtsschreiten.

Zaire: Gegen beide Supermächte

Auf einer Massenkundgebung in Kinshasa äußerte Präsident Mobutu Sese Seko von Zaire am 16.September: "Es ist nicht normal, daß die Leute die Vereinigten Staaten für ihre militärische Intervention in Indochina verurteilen, aber stillschweigen über die militärische Besetzung der Tschechoslowakei durch die UdSSR, denn die Tschechoslowakei ist bis heute militärisch besetzt, und die Sowjetunion hat ihr die "Theorie über beschränkte Souveränität" seit 1968 aufgezwungen."

"Warum verurteilen wir die UdSSR nicht in der gleichen Art und Weise? Warum beschränken wir uns darauf, nur ein Land zu verurteilen? Warum behandeln wir es als den einzigen Imperialismus?"

"Ich weiß, daß meine Bemerkungen über den sowjetischen Imperialismus den Russen nicht gefallen." "Ich weiß, daß meine Gespräche mit Yasser Arafat und den arabischen Führern den Israelis nicht genehm sind und daß meine Gespräche mit Prinz Sihanouk den Amerikanern nicht passen. Aber wir sind nicht daran interessiert, diesen Leuten zu gefallen. Wenn es sie nicht freut, so ist das ihre Sache. Wir für unseren Teil gehen immer gerade voran, weder nach links noch nach rechts."

VR Albanien und VR China erkennen Republik Guinea-Bissau an

Die Regierungen der VR-China und der VR-Albanien haben die Republik Guinea-Bissau anerkannt. Die Republik wurde am 24.September in Westafrika gegründet — gegen die portugiesischen Kolonialherren, die sich mit ihrem Militär immer noch in einem Teil des Landes verschanzt halten. In dem Glückwunschschreiben Tschou En-lais im Namen der chinesischen Regierung heißt es: "Die Gründung der Republik Guinea-Bissau ist ein bedeutender Sieg, den Ihr Volk in seinem langjährigen und beharrlichen bewaffneten Kampf errungen hat, den es unter der Führung der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln gegen den Kolonialismus und Imperialismus führt. Die Gründung stellt einen neuen Meilenstein im Kampf um die nationale Freiheit von Guinea-Bissau dar."

Besuch in der DDR: Widerstand gegen die Verräter wächst

Im Urlaub bin ich in die DDR gefahren, um dort Verwandte und Bekannte zu besuchen. Ich hatte den RM Nr.17 "Breshnew-Brandt-D'K'P – eine Front der Konterrevolution" verkleinert mitgenommen, um mit Jugendlichen darüber zu diskutieren. Mit 3 Freunden lasen und diskutierten wir mit Begeisterung die Artikel im Roten Morgen. Sie erzählten mir vom Aufbau einer marxistisch-leninistischen Gruppe. Als sie vor rund 3 Monaten Flugblätter verteilten, setzte die Regierung faschistische Methoden ein, um diese Bewegung aufzuhalten. Einer wurde verschleppt, und ist bis heute noch nicht wieder aufgetaucht. Ein anderer wurde auf Grund "lügnerischer Angaben" von der 'Volkspolizei' verhaftet, und zu zwei Jahren verurteilt, weil ihm vorgeworfen wurde, in der Wohnung LSD zu verstecken, das aber nicht gefunden wurde und auf Grund der Tatsachen auch nicht gefunden werden kann. Bei jedem fortschrittlichen Schüler, der nur ein Flugblatt in die Hand bekam, wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dieses Beispiel zeigt auch wieder deutlich, daß die revisionistischen Bonzen es nicht vertragen können, wenn wahre Marxisten-Leninisten die konterrevolutionäre und vollkommen gegen das Volk gerichtete Politik der SED entlarven.

Aber nicht nur diese marxistisch-leninistischen Gruppen, sondern auch immer größere Teile der Bevölkerung erkennen die Verrottung des revisionistischen Systems. Auf der Post z.B. meinte der Briefträger, als er zufällig auf der Karte "viele Grüße aus der sogenannten sozialistischen DDR" las, "das trifft den Nagel direkt auf den Kopf". Aber der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten; die Genossen drüben versicherten mir, daß sie den Kampf noch entschlossener führen werden, um das revisionistische System endgültig zu zerschlagen.

Mit revolutionären Grüßen
Eine Rotgardistin aus Duisburg.

Sonntag, 11 Uhr, Oktober-Kundgebung, Ohlsdorf

Hamburger Volkszeitung

Organ der KPD für den Bezirk Wasserkante

mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern" und der Gewerkschaftsbeilage „Der Kampf"

Die „Hamburger Volkszeitung" erscheint tägl. außer Sonntags. / Redaktion u. Verlag Hamburg 36, Valentinskamp 40/42. - Fernr.: Geschäftsst. Merk. 4453, Redaktion Merk. 4454 / Bankk.: Commerz- u. Privatbank A.-G., Depositenkasse Gänsemarkt, u. Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten A.-G., Filiale Hamburg unter Norddeutsche Verlagsges. m. b. H. - Postscheckkonto Hamburg 11, Nr. 20304

Bezugspreis durch die Austräger frei Haus monatlich 2,40 Mark, durch ... monatlich 2,05 Mark / Anzeigen die zwölfgespaltene Millimeterzeile 0,30 Mark. Private Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche u. sonstige kleine Anzeigen bis 45 Millimeter Zeile 0,15 Mk. Die Millimeterzeile im Textteil 1,00 Mk. - Anzeigenannahmeschluß vorm. 9 Uhr

Einzelpreis 15 Pf. Sonnabend, 22. Oktober 1927 10. Jahrg. • Nr. 241

Vorwärts im Geiste des Oktober 1923!

Seht nach Sowjetrußland!

Von Ernst Thälmann

Am 23. Oktober 1923 stand der revolutionäre Vortrupp der Hamburger Arbeiterschaft auf den Barrikaden. In heldenmütigem Kampf, getragen vom Geist des Bolschewismus, durchdrungen vom Willen zum siegreichen Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker, hielt er einer ungeheuren militärischen Übermacht stand. Polizeitruppen und Militär marschierten in den Straßen Hamburgs auf. Ihr Ansturm aber zerschellte an den von den revolutionären Arbeitern heldenmütig verteidigten Barrikaden. Es war nicht die militärische Übermacht, es war nicht der sozialdemokratische Verrat, der die Hamburger Oktoberkämpfe auf die Knie zwang, aus eigenem Entschluß, aus der Erkenntnis, daß der revolutionäre Kampf gegen die Unterdrücker nur im Reichsmaßstabe hätte erfolgreich zu Ende geführt werden können, wurde der Kampf ohne große Opfer auf seinem Höhepunkte abgebrochen.

„Besiegt", aber nicht geschlagen, räumten die Oktoberkämpfer die Barrikaden. So gaben die Hamburger revolutionären Arbeiter dem Proletariat Deutschlands ein Musterbeispiel für den revolutionären Heldenmut und die militärische Strategie des bewaffneten Aufstandes. Die Hamburger Oktoberkämpfe, isoliert von der proletarischen Bewegung im Reiche, und die lehrreichen Erfahrungen sind und bleiben Marksteine in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Ereignisse des Jahres 1923, Hamburg einerseits und Thüringen andererseits, sind nicht nur geschichtliche Erinnerungen, sondern auch unvergeßliche Lehren für die Gesamtpartei. Trotzdem wirkte die allgemeine schwere Niederlage und die sich aus ihr ergebende Depression in der Arbeiterschaft weiter. Der Bourgeoisie gelang es infolge der nicht genügenden Widerstandskraft der Arbeiterklasse, jene kapitalistischen Rationalisierungspläne erfolgreich in Angriff zu nehmen und durchzuführen.

Mit der wirtschaftlichen Offensive des Unternehmertums marschierte unaufhaltsam die Reaktion vorwärts. Innerhalb der faschistischen Verbände erfolgte eine Umgruppierung und eine politische Neuorientierung der Kräfte in der kapitalistischen Republik. Nun nutzte die Bourgeoisie die ihr durch die Oktoberniederlage gegebene „Atempause" zur rücksichtslosen Verstärkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen aus. Die Kommunistische Partei machte in dieser Zeit eine schwere Niederlage durch. Ihre mangelhafte Fähigkeit, in der Zeit der Depression an die Arbeiterschaft heranzukommen, sie zu mobilisieren und zu aktivieren, führte zu einer Isolierung von der Arbeiterschaft.

Die rückläufige revolutionäre Bewegung verstärkte das Schwächegefühl selbst in Teilen der Partei, führte zu lefitisterischen Abirrungen und zum Unglauben an die Kraft des Proletariats bei einem Teil der Führung.

Nur unter schwerem innerem Kampf und mit aktiver Unterstützung der Kommunistischen Internationale gelang es der Partei, das Steuer herumzureißen auf eine Politik der Massengewinnung und der Massenführung und mit dem Geist des Sektierertums zu brechen.

So gelang es, das verlorengegangene Vertrauen der Arbeiterschaft durch geduldige, mühselige Tagesarbeit in engster Verbindung mit verschärfter Propaganda für unsere Endlosungen wieder zu erobern und damit die Klassenbasis der Partei wieder zu verbreitern und zu festigen.

Die von Millionen von Werktätigen getragene Bewegung für die Enteignung der Fürsten unter der Führung der KPD war nicht nur der erste große Schritt der Partei zur konkreten Durchführung der Einheitsfrontaktik, sie war auch das erste Anzeichen für die wiederaufsteigende Kraft des Proletariats. Aber noch sehr gering war die Widerstandskraft der Arbeiterschaft gegen die wirtschaftliche Offensive der Kapitalisten. Schwer lastete auf den Arbeitern die Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Der Hamburger Hafenarbeiterstreik 1926 ist noch eine vereinzelte Erscheinung. Inzwischen aber hat der Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterschaft in Deutschland und in vielen anderen kapitalistischen Ländern große Fortschritte gemacht. Der trotz des Verbots der kommunistischen Demonstration durchgeführte Gegenaufmarsch gegen den Bismarck-Rummel in Hamburg am 31. März d. J., das Spießrutenlaufen der Faschisten durch die Arbeiterviertel am 8. Mai in Berlin, die Massenbeteiligung am Roten Pfingsttreffen in Berlin, zeigen die wachsende Kampfstimmung der deutschen Arbeiterschaft. Daß auch in der Zeit der relativen Stabilisierung Kämpfe der Arbeiterschaft bis zum bewaffneten Aufstand führen können, dafür sind die Wiener Kämpfe des Juli d. J. ein schlagender Beweis. Die ungeheure Empörung der Arbeiter der ganzen Welt gegen die Ermordung Saccos und Vanzettis, die in vielen Ländern zu einer Massenmobilisierung gegen die Klassenjustiz im eigenen Lande, gegen die Reaktion, gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten führte, steigerte sich in Frankreich zu bewaffneten Kämpfen bis zur Errichtung von Barrikaden in den Straßen von Paris.

Am zweiten Jahrestage des Oktoberkampfes schrieb ich in einem Artikel, in dem die Lehren des Hamburger Aufstandes behandelt wurden, daß die „Machtergreifung des Proletariats kein einmaliger Akt" ist, und dann weiter: „Die Machtergreifung besteht nicht nur in militärischen Kämpfen gegen die Truppen der Bourgeoisie, sondern sie muß durch jahrelange, ausdauernde Arbeit der Kommunistischen Partei und des ganzen Proletariats vorbereitet werden. Die kommenden Siege über die Bourgeoisie müssen durch unzählige Teilkämpfe erzogen, vorbereitet und organisiert werden. Dieses ist unsere Hauptaufgabe in der jetzigen Periode."

Auch heute noch ist sie es, auch steht vor der Partei eine ungeheure Aufgabe. Ungebrochen ist im wesentlichen noch die Macht der Sozialdemokratischen Partei in den Gewerkschaften und ihr Einfluß auf einen großen Teil der Arbeiterschaft. Trotz der Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD, ihres scheinoppositionellen „Kampfes" gegen den reaktionären Bürgerblock, trotz ihrer Koalitionspolitik mit den äußersten Feinden der deutschen Arbeiterschaft, der schwarzweißroten Deutschen Volkspartei im Hamburger Senat, hat diese Partei bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft ihre Stimmen (zwar fast ausschließlich aus bürgerlichen Kreisen) bedeutend steigern können.

Wir müssen unseren Kampf gegen die SPD, die beste Stütze der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution, verstärken. Aber Verstärkung dieses Kampfes heißt nichts anderes als die richtigen Methoden zur Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Partei des Sozialimperialismus finden und durchführen.

Sind die Hamburger Kämpfe einer heldenmütigen Minderheit eine unvergeßliche Lehre auf dem Leidensweg der deutschen Arbeiterschaft für ihre Befreiung vom Joche des Kapitals, so ist die siegreiche proletarische Revolution in Rußland ein Triumph für die Arbeiter in der ganzen Welt, ein mächtiger Ansporn, die Anstrengungen zu verstärken und das Beispiel der russischen Brüder nachzuahmen.

Ungeheures hat das russische Proletariat nach der Machteroberung geleistet. Nicht der Sturz der Bourgeoisie war die größte Anstrengung, sondern die Verteidigung der proletarischen Revolution gegen eine Welt von Feinden, gegen die von den Imperialisten der ganzen Welt unterstützte Konterrevolution. Ihre Armeen wurden geschlagen und vernichtet. Die Arbeiter gaben ihr Letztes her, sie bluteten nicht nur an den Fronten, sie erduldeten willig Elend, Hunger und Seuchen.

Weniger als sechs Jahre dauerte der Wiederaufbau des zerstörten Landes. Trotz der wirtschaftlichen Einkreisung durch die kapitalistischen Länder ist es in dieser kurzen Zeit gelungen, fast überall die Periode des Wiederaufbaues abzuschließen. Schon ist die neue Periode des Aufbaues der Wirtschaft auf höherer Stufe und der Erweiterung des Produktionsapparats eingeleitet. Es ist ein Triumph des siegreichen Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion, daß auf der Jubiläumstagung des Zentralexekutivkomitees der allmähliche Übergang zum Siebenstundentag proklamiert werden konnte.

Im Gegensatz zur Entwicklung in Rußland vollzog sich in Deutschland der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft im Zeichen des Zurückdrängens der revolutionären Arbeiterschaft. Es war ein Aufbau auf den Schultern des Proletariats. Ein Aufbau, dessen Nutznießer nur die Kapitalisten sind.

Siebenstundentag in Sowjetrußland, neun- bis zehnstündige und oft noch längere Arbeitszeit in Deutschland.

In der Sowjetunion verbessert sich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in dauernd aufsteigender Linie — in Deutschland hält die Lohnsteigerung längst nicht Schritt mit der Teuerung infolge Zölle, Steuern, Miet- und Kartellwuchers.

Die Arbeiterschaft ist die herrschende Klasse in der Sowjetunion. In der Hindenburg-Republik sind alle Machtorgane in den Händen der Kapitalisten gegen die Arbeiter.

In der Sowjetunion sind die Gewerkschaften selbst Teilhaber der politischen Macht — in Deutschland wird das Streikrecht vernichtet.

In Sowjetrußland sind Rote Armee, Polizei, Justiz Instrumente in den Händen der Arbeiterklasse und armen Bauernschaft gegen die Feinde der Revolution — in Deutschland stehen Reichswehr und Polizei unter der Führung monarchistischer Offiziere gegen die Arbeiterschaft, wütet eine brutale Klassenjustiz zur Niederhaltung des Proletariats.

In der Sowjetunion ist die Macht der kulturfeindlichen Kirche gebrochen — in Deutschland wird die Schule den Pfaffen ausgeliefert.

Die Kapitalisten der ganzen Welt wissen, daß diese Entwicklung des sozialistischen Aufbaues eine Bedrohung ihrer Macht darstellt, deshalb treffen sie **Vorbereitungen zu einem Kriege gegen die Sowjetunion**. Die sozialistische Revolution, das proletarische Vaterland soll niedergeschlagen werden, damit das Ausbeuterregime leben kann. Wir müssen dieser kapitalistischen Kriegsfront, in die sich der neudeutsche Imperialismus immer eindeutiger einreiht, **die revolutionäre Front aller Ausgebeuteten entgegenstellen.**

Wir wissen, daß wir in der Sowjetunion **das Vaterland der Proletarier der ganzen Welt** zu verteidigen haben. Aber die Formierung der revolutionären Kampfesfront gegen den Imperialismus, gegen den Bürgerblock ist nur möglich, wenn wir in **unermüdlicher, hartnäckiger Tagesarbeit** uns als Führer der Arbeiterschaft in allen Tagesfragen — und Kämpfen bewähren.

Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir als die einzige revolutionäre Arbeiterpartei das Vertrauen auch der Arbeiter gewinnen, die heute noch im Lager der Feinde der Revolution stehen.

Führen wir diese Arbeit durch, dann werden wir die Kraft der deutschen Kapitalisten und ihrer Lakaien brechen, dann wird bei einem neuen revolutionären Aufstieg die Partei ihrer historischen Aufgabe, **Sturz des Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats** — besser als im Oktober 1923, im Geiste der heldenhaften Hamburger Oktoberkämpfer — gerecht werden.

Unsere Toten!

Albers, Hamburg
H. Baumert, Hamburg (SMJ)
Becker, Wandsbek
Beth, Hamburg
Geißler, Hamburg
Harms, Hamburg
Hempel, Hamburg (KJ)
Hertel, Hamburg
Jachmann, Hamburg
Kolbe, Bramfeld
P. Kühn, Hamburg (KJ)
Malinowski, Hamburg
Pollack, Hamburg
Pollmann, Hamburg
Schier, Hamburg
Schlodinski, Hamburg
Trende, Hamburg
Stichling, Hamburg

Infolge schwerer Verwundung gestorben.

M. Meier, Hamburg
Müller, Bergedorf

Im Gefängnis gestorben:

Ziegler, Hamburg

Durch Mißhandlung erschlagen:

Jungnickel, Bergedorf
Lewin, Bramfeld

An den Auswirkungen der Mißhandlungen später gestorben:

Friedrich Buddenbaum.

Heute: Roter Stern

Fortsetzung von Seite 1

Berufungstermin in Hamburg : Freispruch für Genossen Ernst Aust

In diesem Prozeß will die Bourgeoisie versuchen, kommunistische Agitation und Propaganda als 'kriminell' hinzustellen, als 'Billigung' von Verbrechen'. 'Kriminell' ist es nach Meinung der Klassenjustiz, wenn ein Kommunist laut ausspricht, daß die Krupp und Co., die in 2 Weltkriegen Hunderttausende als Kanonenfutter verheizten, noch heute in diesem Staat eine Diktatur über die Werktätigen ausüben. 'Kriminell' ist es, sich mit den verfolgten Mitgliedern der Roten Armee Fraktion zu solidarisieren. 'Kriminell' ist es, daß der ROTE MORGEN, dessen verantwortliche Genosse Ernst damals war, den Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Besatzer in Westdeutschland, jenen Truppen, die in Vietnam die ungeheuerlichsten Greuelaten vollbrachten, guthieß, bei dem ein Offizier und drei Soldaten getötet wurden.

In der 'Urteilsbegründung', mit der 5 000 DM Strafe gerechtfertigt werden sollen, aht die Klassenjustiz versucht, Genossen Ernst und allen Kommunisten 'wissenschaftlich' nachzuweisen, daß der wissenschaftliche Sozailismus falsch und unmenschlich sei.

Genosse Ernst wird dargestellt als blindwütiger Fanatiker: "Die Schuld des Angeklagten besteht darin, nur selbst gelten zu wollen, mit dem Anspruch auf Freiheit nur für sich selbst..." "Er macht sich zum Oberrichter der Menschheit und denjenigen, der ihm nicht beipflichtet, zum Lakaien der Klassenjustiz.' Das Gericht weiß auch gleich, woher diese 'Schuld' kommt: "Er hat nach seiner Angabe auch als Fräser an der Werkbank gestanden und offenbar Not und Elend (Einsatz in Afrika, britische Gefangenschaft) reichlich kennengelernt. Er fühlt sich als Bruder unter Werktätigen..."

Dieses "Verbrechen", sich als 'Bruder unter Werktätigen' zu fühlen, begeht laut Urteil allerdings nicht nur Genosse Ernst, sondern jeder Kommunist – alle Menschen, die sich auf den Boden des dialektischen Materialismus stellen.

Da heißt es, für Materialisten gebe es keine 'Ideale', für sie sei 'Sittlichkeit als überholtes Tabu ... abzuschreiben". sie würden im Menschen nur ein manipulierbares Wesen sehen. Und da der Richter ein kluger Mann ist, der sich in den Naturwissenschaften gut auskennt, kann er Genossen Ernst auch gleich belehren, daß die moderne bürgerliche Wissenschaft längst Metaphysik und Gespensterglauben wiederentdeckt und damit den Kommunismus widerlegt hat.

Und das verkauft das Gericht als 'neueste wissenschaftliche Erkenntnis': "So wie jede Blume mit dem Phänomen ihrer Erscheinung auf das eigentliche Wesen ihres Sinnes hinweist, ist es dem Menschen aufgetragen, den nur ihm eigenen Sinn von seinem Sosein in introvertierter Anschauung (Meditation) zu erkennen und sich zu ihm in seiner Haltung zu bekennen." Was auf Deutsch heißt: Eine afrikanische Mutter, die ihre Kinder Hungers sterben sieht, soll nicht um Brot kämpfen, sondern das 'Sosein' dieses elenden Hungertodes erkennen – dann hat sie ihr Wesen als Mensch erfüllt. Wen wundert es da noch, daß das Gericht zur Atombombe nichts weiter zu sagen weiß als: "Es ist zweckmäßig und fortschrittlich unausweichlich, die Atomenergie zu erforschen – die Anwendung der Atombombe ist eine Gewissensfrage. "Wie das 'Gewissen' der Klassenjusitz aussicht, hat sich gezeigt: Gegen Präsident Truman, der über Hiroschima eine Atombombe abwerfen ließ, erhob niemand Anklage wegen 'Beihilfe zum Mord'.

Nächster Vorwurf des Gerichts: Genosse Ernst 'schafft Klassengegensätze.' Dazu heißt es: "Es ist nicht ersichtlich, wer als Proletgilt. Der Unternehmer offenbar nicht, obwohl möglich ist, daß er als Arbeiter zu den Werktätigen zählt, die länger als üblich arbeiten."

Und wer diesen klugen Spruch nicht glauben will, dem droht sofort die Eisenfaust des Gesetzes: "Der Kapitalist ist Eigentümer des Kapitals, das ihm als Eigentum durch das Grundgesetz gewährleistet wird."

Daß Genosse Ernst damals 'nur' zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, ist ein Erfolg des konsequenten Kampfes der Partei und vieler fortschrittlicher Menschen gegen den Versuch der Klassenjusitz, kommunistische Agitation und Propaganda zu kriminalisieren. Aber der Kampf muß weitergehen – für einen Freispruch! "Eine Einwirkung auf den Täter durch die Strafe ist überhaupt nicht zu erwarten", heißt es im Urteil. Richtig! Genosse Ernst wird auch in diesem Berufungsprozeß zeigen, daß er ein konsequenter Kommunist ist. Hinter ihm steht die Partei, stehen alle fortschrittlichen Menschen mit der Forderung:

FREISPRUCH FÜR ERNST AUST!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!



Provokateure

Am 23. Oktober veranstaltete die Partei in Hamburg eine Fackeldemonstration mit anschließender Kundgebung, auf der der Vorsitzende unserer Partei, der Genosse Ernst Aust, über die Lehren des Hamburger Aufstandes vor 50 Jahren sprach. Auf dieser Veranstaltung waren auch einige "KPD"-Mitglieder anwesend. Obwohl wegen der Länge der Veranstaltung – Demonstration, Rede, Film – keine Diskussion vorgesehen war, schließlich war Alltag, und die Genossen mußten morgens früh wieder zur Arbeit, gestattete die Versammlungsleitung auf Drängen der "KPD"-Mitglieder, die mit uns angeblich über die Lehren aus dem Hamburger Aufstand sprechen wollten, eine Diskussion.

Was aber taten diese Herren? Statt über den Hamburger Aufstand zu diskutieren, statt sich mit uns über ideologische und politische Fragen in sachlicher Form auseinanderzusetzen, starteten sie eine üble Provokation. Sie ließen als "Kronzeugen" für ihre "Partei" einen Mann auftreten, den die KPD/ML wegen permanenter Lügen und sittlicher Verfehlungen aus ihren Reihen entfernt hatte. Wie recht sie damit getan hatte, zeigt sich heute, wo dieser ehemalige Widerstandskämpfer (das war Bachmann auch) sich nicht scheut, dei Namen führender Genossen unserer Partei, der Polizei preiszugeben. Die Veranstaltungsleitung verbat sich, als sich herausstellte, daß hier seitens der "KPD"-Mitglieder nicht diskutiert werden, sondern eine von Lügen und Entstellungen strotzende Erklärung verlesen werden sollte, diesen Beitrag und lies – als sie sich weigerten – diese Provokateure nachdrücklich aus dem Saal entfernen. Was taten sie? Sie holten die Polizei!

Man stelle sich vor, die gleichen Leute, deren Lautsprecherwagen vor Jahresfrist Rotgardisten und Genossen unserer Partei anläßlich einer Demonstration in Hamburg gegen – da sie zu schwach waren – die Polizei verteidigten. Wie tief wollen sie auf ihrem Weg der Lüge, Denunziation und Provokation noch sinken? Ob sie von uns, wegen Doppelzüngelei, Karrierismus, Fraktionismus, Agententätigkeit oder auch sittlicher Verfehlungen (schließlich sind die Genossinnen unserer Partei kein Freiwild für Funktionäre) Ausgeschlossene einsammeln, ist ihre Angelegenheit. Sollten sie aber C.'s gesammelte Märchen in ihrer Presse veröffentlichen, so haben wir eine Antwort bereit, die garantiert, daß der Stein, den sie aufgehoben haben, mit Sicherheit auf ihre eigenen Füße fällt.

Solidarität für Mehrdad Adram

Die Mobilisierungsarbeit von Partei, CISNU und anderen Organisationen in dieser Kampagne haben den Angriff auf Mehrdad vorläufig zurückgeschlagen. Noch immer gehen Unterschriften und Geldspenden ein, Das ist auch notwendig, denn die Bourgeoisie schläft nicht. **Mehrdad wurde zwar aus dem Lager Zirndorf entlassen. Aber bereits vier Tage später sollte er erneut verhaftet und abgeschoben werden. Er wurde aus dem Lager entlassen unter der Bedingung, eine Arbeit in einer bestimmten Firma aufzunehmen. Diese Arbeitsstelle jedoch existiert überhaupt nicht. Obwohl sie ihm zugesagt wurde, hat er noch immer keine rechtskräftige Aufenthaltsgenehmigung.**

Hier ein Teil der Solidaritätsaktionen der letzten Woche:

Der KSB/ML Tübingen schickte 50 Unterschriften und 11 DM Spende. Bielefeld hat die Anzahl der Unterschriften inzwischen auf 400 erhöht; In Reutlingen unterschrieben 30 Menschen eine Protestresolution und spendeten 154,40 DM. Der KSB/ML und Rote Hilfe Marburg schickten 220 Unterschriften, der AStA Marburg protestierte in einem Telegramm. Aus dem Konto 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' wurde Mehrdad mit 5oo DM für Verteidigungskosten unterstützt.

Klassenjustiz gegen kommunistische Bosch-Arbeiterin

Am 18.10. stand in Cannstadt eine Boschabeitern vor den Schranken der Klassenjustiz, die vor einem Jahr ein Flugblatt der Partei über das Massaker der Polizei in Fürstenfeldbruck verteilt hatte. Der Betriebsrat von Bosch hatte damals die Polizei geholt, die Genossin war festgenommen worden. Nun sollte sie wegen "Billigung von Mord und Geiselnahme" verurteilt werden.

Wie 'unbefangen' der Richter war, zeigte sich schon daran, daß er erst 3 Wochen vor diesem Prozeß den Verantwortlichen für das gleiche Flugblatt zu 1.200 DM Geldstrafe verurteilt hatte. Es zeigte sich daran, daß er die Polizei rief, als er sah, daß im Zuschauerraum Menschen saßen, die die angeklagten Genossen unterstützen wollten. Ein Genosse, der in der Verhandlungspause Flugblätter verteilte, wurde von mehreren Polizisten festgehalten, seine Personalien notiert.

In seinem Urteil ging der Richter sogar noch über die Forderung des Staatsanwaltes hinaus und verhängte 900 DM Geldstrafe – 'Im Namen des Volkes'.

"Wir haben gelernt", schreiben die Genossen an den ROTEN MORGEN, "daß wir in der Berufungsverhandlung noch besser vorbereitet sein müssen, daß sich das Gericht umso besser entlarvt, je kämpferischer wir auftreten."

Kampf der Klassen justiz

Uli Kranzusch freigelassen

Der konsequente Kampf von Tausenden Menschen um die Freilassung von Uli Kranzusch hat einen Teilerfolg errungen: Das Gericht hob den Haftbefehl gegen Genossen Uli auf. Nach mehr als halbjähriger Untersuchungshaft wurde er freigelassen.

Aber damit ist unser Kampf nicht beendet! Am 7. November will das Gericht das Urteil verkünden. Wir fordern: Freiheit für Uli Kranzusch!

Beweis: Ein Foto

Die Klassenjustiz schreckt vor keiner noch so fadenscheinigen 'Beweisführung' zurück, wenn es gilt, aufrechte Kommunisten hinter Gitter zu bringen. So hat sie z.B. Genossen Dieter V. angeklagt, wegen 'Landfriedensbruch › und Teilnahme an einer verbotenen Demonstration' – gemeint ist der Rote Antikriegstag 1972 in München. Einziger 'Beweis': Ein Foto, das sie angeblich von dem Genossen haben will. Was von solchen Fotos zu halten ist, hat schon der Prozeß gegen den Genossen Schmidt gezeigt: Damals karrte der Staatsanwalt zig Fotos an – auf keinem war der Genosse Schmidt nicht zu identifizieren. Trotzdem galten sie als 'Beweismaterial'.

Schnelljustiz

Genosse Ernst Aust hat schon wieder einen Strafbefehl erhalten, diesmal über 1587 DM. Grund: 'Beleidigung' eines Werkschutzmannes der BMW in München, der einem Genossen die Tasche gestohlen und daraufhin in der BMW-Betriebszeitung 'Roter Anlasser' wegen seiner SS-Methoden angeprangert wurde. Genosse Ernst legte gegen diesen Strafbefehl Einspruch ein. Statt eine Hauptverhandlung anzusetzen, teilte ihm das Münchner Gericht mit, das Verfahren sei eingestellt. Nun erhielt Genosse Ernst wegen der gleichen Sache einen neuen Strafbefehl. Was ist das anderes, als der Versuch, eine öffentliche Verhandlung vor Gericht zu umgehen – aus Angst vor dem mutigen Auftreten des Genossen Ernst vor Gericht?

Polizeirazzien

In der letzten Woche führte die Münchner Polizei eine Großrazzia gegen angebliche 'Anarchisten' durch. Vier fortschrittliche Menschen wurden festgenommen.

Besucher des Verlags 'Roter Stern' in Frankfurt wurden ebenfalls in der letzten Woche von schwerbewaffneten Zivilpolizisten verfolgt, angehalten und ihre Personalien festgestellt. Das ist Menschenjagd in der DBR.

DORTMUND:

Prozess gegen 1.Mai-Demonstranten

Am 7. November findet in Dortmund der Prozeß gegen Friedrich A. statt. Genosse Friedrich hatte bereits im Juli einen Strafbefehl über 527,50 DM erhalten und Einspruch eingelegt. Er wird beschuldigt, als Veranstaltungsleiter am 1. Mai trotz des Demonstrationsverbots eine Kundgebung durchgeführt zu haben.

Tatsache ist, daß an diesem 1. Mai nicht Genosse Friedrich sich 'schuldig' gemacht hat, sondern die Bourgeoisie. Sie hat eine Rote Mai-Demonstration der Partei verboten. Sie hat damit nicht nur gegen ihre eigenen Gesetze verstossen – gegen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit – sondern auch versucht, den wachsenden Kampf der Arbeiterklasse, die zunehmende Verbindung der Partei mit den Massen mit allen brutalen Mitteln niederzuschlagen, die ihr zur Verfügung stehen. Sie hat Polizei eingesetzt, um diese Demonstration zusammenzuknüppeln. Es war ein Zeichen unserer Stärke, daß es ihr damals, trotz Riesen-Polizeieinsatz, nicht gelang, Verhaftungen vorzunehmen.

Natürlich ließ sich die Partei von diesem Verbot nicht schrecken! Sie kämpfte unter der Parole 'Straße frei für die Kommunistische Partei!' Genossen Friedrich heute als 'Verantwortlichen für eine verbotene öffentliche Versammlung' anzuklagen, ist der Versuch, nun nachträglich den Erfolg dieser Demonstration zu mindern, die Partei einzuschüchtern. Aber es ist ebenso Tatsache, daß der Genosse die Demonstration bereist vor Beginn auflöste, daß er also juristisch gar nicht als 'Verantwortlicher' zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Wir haben am 1. Mai 1973 in den Straßen von Dortmund siegreich gegen das Demonstrationsverbot gekämpft. Wir werden im Gerichtssaal den Kampf weiterführen. 'Kampf der politischen Unterdrükkung' heißt unsere Losung und:

Straße frei für die Kommunistische Partei

Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!

In der Woche des 23. Oktober feierte unsere Partei in verschiedenen Städten des Landes den 50. Jahrestag des Hamburger Aufstandes.

"Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion. Gerade die politische Situation, in der wir heute stehen, fordert mit gebieterischem Zwang von uns, daß wir die geschichtliche Bedeutung und die Lehren des Hamburger Aufstandes vollkommen klar erkennen."

Was Ernst Thälmann anläßlich des 2. Jahrestages des Hamburger Aufstandes gesagt hatte, war der Leitfaden unserer Veranstaltungen zum 50. Jahrestag.

Am Abend des 23. veranstaltete die KPD/ML in Hamburg einen Fackelzug durch den Stadtteil Barmbek, der aus der Geschichte des Hamburger Aufstandes als das ruhmreiche rote Barmbek hervorging. Trotz Regen nahmen über 300 Kollegen und Genossen an dem Fackelzug teil. An mehreren Punkten der Demonstration durch Barmbek wurden Kurzreden gehalten. Viele Barmbeker verfolgten den Fackelzug von ihren Fenstern aus und klatschten bei den Zwischenreden Beifall. Die Demonstration wurde mit einer Kundgebung in der Jarrestraße beendet.

Anschließend fand in der Gaststätte 'Jarrestadt' die Veranstaltung zum Hamburger Aufstand statt. Der große Saal war überfüllt. Eine begeisterte revolutionäre Stimmung herrschte.

Nach einer kurzen Begrüßung und Liedern der Hamburger Agitproptruppe 'Rotes Sprachrohr', sprach der Vorsitzende unserer Partei, der Genosse Ernst Aust.



"Während sich heute die SPD/FDP-Regierung auf die kommenden Kämpfe vorbereitet, spielen die sogenannten 'Linken', die D'K'P, die Jusos und die neorevisionistischen Zirkel die gleiche Rolle wie damals die Sozialdemokraten."

Die Regierung hat ihre Polizei, ihren Verfassungsschutz, ihren Grenzschutz und ihre Schießkommandos verstärkt. Verstärkt hat sie auch den Terror gegen Marxisten-Leninisten und andere Revolutionäre. Gegen ausländische Arbeiter betreibt sie Progromhetze, in den Streiks geht sie zu offener Gewalt über. Heute hat sie bereits ihre Notstandsgesetze in der Schublade, um morgen, wenn sie gefährdet ist, zum Faschismus zu greifen.



Hamburg hat seinen besten Sohn nicht vergessen!

mit dem Auftrag, das Proletariat und die werktätigen Massen von der Vorbereitung der Revolution abzuhalten. Das ist ihre Aufgabe."

"Sie, diese Herren sind gefährlich. Ich meine jetzt nicht die Kollegen in den Betrieben, die der D'K'P folgen, mit denen müssen wir täglich sprechen, sie müssen wir überzeugen von dem Verrat ihrer Führer – genauso wie es die Partei vor 33 mit den Sozialdemokraten getan hat. Das ist unsere Pflicht.

Aber ihre Führer, die müssen wir entlarven. Wenn nämlich die Kämpfe sich verschärfen – und sie verschärfen sich, heute schon haben viele Kollegen das Vertrauen in die SPD verloren – und wo wenden sie sich hin? Sie sehen sich um. Und da bietet sich ihnen eine Partei an, die sich Deutsche Kommunistische Partei nennt. "Kommunismus", sagen die Kollegen, "prima – versuchen wir es mal damit."

Damit lenken sie eben die Arbeiter, die vorwärtsmarschieren wollen, nicht auf den Weg der Revolution, sondern der Konterrevolution. **Sie, die D'K'P-Führer haben das Erbe von Rosa und Karl, das Erbe Ernst Thälmanns verraten, sie haben den Hamburger Oktober verraten."**

D'K'P-REVISIONISTEN ZUM HAMBURGER AUFSTAND:

In einem Artikel der UZ vom 19.10. heißt es zum Hamburger Aufstand:

"Er war eine Hilfsaktion für die von den Parlamentsmehrheiten in Sachsen und Thüringen gebildeten Arbeiterregierungen aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten..."

Der Hamburger Aufstand, die Kämpfe der Arbeiterklasse während dieser revolutionären Situation sollen für die Aufrechterhaltung bürgerlicher Regierungen gedient haben? Thälmann selbst gibt diesen Fälschern die Antwort:

"Die größte wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm: DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS."

Wie die Revisionisten versuchen, unter dem Deckmantel des Kommunismus, unter dem Deckmantel der alten Tradition der KPD die Arbeiterklasse auf den Weg der Konterrevolution zu führen, zeigte Genosse Ernst Aust in seinem Referat zum Hamburger Aufstand.

Vorwärts mit der KPD/ML

"Dadurch, daß wir den Kampf aufgenommen haben, auch wenn es eine kleine Schar war, dadurch, daß wir uns nicht davon abbringen lassen, die in den Staub getretene Fahne der Revolution, der Kommunistischen Partei Deutschlands wieder aufgenommen haben, und vor 5 Jahren die KPD/ML gründeten, haben wir dieses Erbe übernommen und führen es heute weiter. Wir sind die echten Vertreter, die echten Fortführer unserer alten Partei, der KPD Ernst Thälmanns. Die Geschichte der alten KPD ist die Geschichte unserer Partei."



Revolutionäre Jugend feiert den Hamburger Aufstand.

Partei – veranstaltungen

Münster: Am Freitag, den 9.11. um 20 Uhr findet in der Gaststätte 'Freitag' eine Veranstaltung '50 Jahre Hamburger Aufstand" statt. Es wird der Film gezeigt "Reform oder Revolution".

Hamburg: Am Sonntag, 3.11. findet in Hamburg, im 'Alten Sängerheim', Oelkersallee 5, eine Veranstaltung zum Prozeß gegen Genossen Ernst Aust, statt.

Rote Garde gegründet

Am 25.10.73 fand in Detmold die Gründungsveranstaltung der Roten Garde statt. Die Rote Garde zeigte dabei den Film 'Reform oder Revolution'. Wir wünschen der neugegründeten Roten Garde viel Erfolg!

• • •

In Halle versuchte die Bundeswehr mit einer Waffenschau bei der Bevölkerung zu werben. Die Rote Garde zeigte in einem Flugblatt, daß der sogenannte 'Friedensgarant' Bundeswehr in Wirklichkeit die Waffe der Imperialisten gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land ist.

Ernst Aust: "Die Geschichte der alten KPD ist die Geschichte unserer Partei."

In seiner Rede ging Genosse Ernst ein auf die Situation, die den Aufstand des Hamburger Proletariats hervorbrachte, auf die Not, den Hunger und das Elend, in das die Bourgeoisie das Proletariat zwang. Er berichtete aber auch von den gewaltigen Kämpfen des Proletariats, die zum Aufstand führten, von den Massendemonstrationen, von den blutigen Auseinandersetzungen mit den Polizeitruppen.

Obwohl das ZK der KPD den Beschluß für den bewaffneten Aufstand und seine Vorbereitung gefällt hatte, obwohl in Deutschland eine revolutionäre Situation herrschte, haben damals Brandler und Thalheimer, die gemeinsam mit linken Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen die Regierung bildeten, sich nicht an den Beschluß gehalten und ihn zugunsten des "friedlichen Weges über die Beteiligung an den Parlamenten" geopfert und so den Aufstand in Deutschland sabotiert. Einzig Hamburg unter der Führung von Thälmann schlug damals los und rettete damit die Ehre der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Aufgrund des Verrats der Brandler und Thalheimer konnte das Hamburger Proletariat den Sieg nicht erringen, es zog sich geordnet und diszipliniert zurück.

Genosse Ernst zog für die heutige Situation die Lehre:

Genosse Ernst Aust stellte die Frage: **"Wie bereitet sich die D'K'P die ja auch von sich behauptet, sie sei kommunistisch, darauf vor?"** "Die D'K'P hat Anfang nächsten Monats in Hamburg ihren Parteitag. Damit will sie offensichtlich anknüpfen an die Tradition der alten KPD. Aber was für einen Parteitag führt sie durch? In Hamburg stehen auf jeder U-Bahn-Station riesige Plakate, wo sie ihren Parteitag ankündigt. Und der Parteitag wird so vor sich gehen: Da sitzt ein großes Präsidium und da sitzen die ganzen Mitglieder des ZK – und jeder weiß, wie der heißt, wie der und wie jener heißt.

Das ist ihre Vorbereitung!

Das zeigt doch ganz genau, daß diese Leute überhaupt gar nicht daran denken, ihren 'friedlichen Weg zum Sozialismus' über das Parlament – hübsch fein legal auf dem Boden des Grundgesetzes und der Verfassung – aufzugeben. Sie preisen den friedlichen Übergang über das Parlament.

Und das trotz Chile! Sie hatten das Beispiel Chile propagiert. Sie sagten Hier haben wir endlich ein Beispiel für den friedlichen Übergang zum Sozialismus. Sie hätten aus dem Ausgang lernen müssen – aber sie haben nicht. **Und sie können das auch gar nicht, weil ihre Führer Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse sind. Agenten**



In ihrem Geist kämpft die KPD/ML

Im weiteren wies Genosse Ernst Aust auf die Notwendigkeit, eine bolschewistische Partei zu schaffen, die eisern, diszipliniert und zusammengeschweißt ist, die ideologisch, politisch und organisatorisch klar ausgerichtet ist auf das Ziel: den Sturz der Bourgeoisie in der bewaffneten proletarischen Revolution. Diese Partei kann nur in enger Verbundenheit mit dem Kampf der Massen aufgebaut werden. Und dazu gehört revolutionäre Geduld und Kleinarbeit. Heute schon müssen wir daran arbeiten, uns in den Betrieben zu verankern. Dabei ist nicht die Zahl der Mitglieder entscheidend, sondern ihre korrekte ideologische-politische Linie.

Im Anschluß an die Rede des Vorsitzenden berichteten ältere Kollegen, die selbst als Jugendliche am Hamburger Aufstand teilgenommen haben.

Die Feier wurde beendet mit dem revolutionären Lied der Arbeiterklasse aller Länder: der Internationale.